

Patriotismus und Geschichtsbewusstsein im Spiegel des Generationswandels – eine analytische Rückschau auf die Ära Schröder/Fischer

Von Oliver Spatz

Einführung

Die Abwahl der christlich-liberalen Bundesregierung unter Helmut Kohl und die Bildung einer Koalition von Sozialdemokraten und Grünen unter Führung des neuen Bundeskanzlers Gerhard Schröder sowie der bald darauf vollzogene Umzug in die neue Hauptstadt Berlin boten neben den zehnjährigen Jubiläen von Mauerfall und Wiedervereinigung innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Anlässe zu Neubestimmungen und Fortentwicklungen des politischen Gedächtnisses.¹ Zunächst bedeutete der Amtsantritt der rot-grünen Regierung im Herbst 1998 und der damit verbundene Aufstieg vieler sogenannter „Alt-Achtundsechziger“ in leitende Positionen – zuvorderst Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt – ein Signal für die politische Kultur der Bundesrepublik² und einen „Generationswechsel im Leben der deutschen Demokratie“³. Menschen wie Joschka Fischer gelangten an die Spitze desjenigen Staates, den sie vormals bekämpft hatten, und söhnten sich in der Übernahme nationaler Verantwortung mit ihm aus.⁴ Mit Gerhard Schröder wurde erstmals ein Mitglied einer Generation Bundeskanzler, die keine eigenen Erinnerungen an den Nationalsozialismus hat. Kurz darauf ließ der Umzug wesentlicher Teile des politischen Zentrums von Bonn nach Berlin eine fortan wohl unweigerlich andere, neue, da mittlerweile ungewohnte „Größe“ der Politik erahnen. Solche mehr als symbolpolitischen, zäsurartigen Umwälzungen konnten kaum ohne Folgen für das deutsche Selbstbild und für den Umgang mit der Geschichte bleiben.

Nach sieben Jahren war infolge der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 die Ära Schröder/Fischer zu Ende; bereits jetzt ist sie Gegenstand einzelner zeithistorischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen geworden. Nicht zuletzt mit Blick auf die anrollende publizistische Welle zum 60-jähri-

1 Vgl. Hans Jörg HENNECKE, *Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung*, München 2003, S. 140.

2 Vgl. Tilman MAYER, *Die kulturelle Hegemonie in der Berliner Republik*, in: DERS./Reinhard C. MEIER-WALSER (Hg.), *Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998*, München 2002, S. 11–29, hier S. 14.

3 Edgar WOLFRUM, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 479.

4 Vgl. Eckhard JESSE, „Deutschland hat sich gewandelt“, in: „Das Parlament“ vom 16.10.2006. Zur Rolle Fischers für die Befriedung der politischen Kultur vgl. auch Frank BRUNSSSEN, *Das neue Selbstverständnis der Berliner Republik*, Würzburg 2005, S. 127.

gen Bestehen der Bundesrepublik bietet es sich an, einen bestimmten Themenkomplex jenes Zeitraums näher zu betrachten: Entsprechend der Annahme, dass gerade in den „rot-grünen Jahren“⁵ Entwicklungsschritte festgestellt werden können, die für die anhaltende Selbstbespiegelung Deutschlands von erheblicher Bedeutung sind, beleuchtet der vorliegende Beitrag bilanzierend ausgewählte einschlägige Diskurse im Kontext der Beziehungen von Erinnerungskultur und Patriotismus. Letzterer erlebt als geschichtlicher Grundterminus seit einigen Jahren eine Renaissance sondergleichen. Hierbei wird die These vertreten, dass der partiellen geschichtspolitischen Neujustierung der Bundesrepublik zentrale Bedeutung als Rahmenvoraussetzung eines veränderten Selbstverständnisses der „Berliner Republik“ zukommt. Mit Geschichte lassen sich bekanntermaßen Skandale provozieren und Debatten inszenieren, die mediale Präsenz ermöglichen und über teils lange Zeit das Feuilleton beschäftigen.⁶ In besonderer Weise trifft dies auf die seit Jahrzehnten anhaltende Auseinandersetzung mit der deutschen Diktatur zu, die Peter Reichel als „die zweite Geschichte des Nationalsozialismus“ bezeichnet. „Kaum noch überschaubar“, sei sie „inzwischen um ein Vielfaches länger als die erste. Und sie dauert an.“⁷ Die Angst vor der Wiederkehr der Vergangenheit lässt sich zusammen mit dem Bemühen, von ihr loszukommen, heute als eines der stärksten Motive deutscher Geschichtspolitik charakterisieren.⁸ Lüftet man die schwere Decke der Historie, wird unter anderem deutlich, dass Geschichtspolitik und Patriotismus eine fest verwobene Einheit bilden⁹, dass Patriotismus als Verbundenheit mit – oder gar Liebe zu – dem Land der Väter wesentlich vom jeweiligen Geschichtsbewusstsein beeinflusst wird¹⁰, ja, ein solches zu einem gewissen Grade verlangt.¹¹ Gerade weil im kollektiven Gedächtnis der Deutschen das „Dritte Reich“, der von diesem begonnene Vernichtungskrieg und der industrialisierte Massenmord einen ungeheuren Stellenwert besitzen, sind

5 Joschka FISCHER, *Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September*, Köln 2007.

6 Vgl. Jörg-Dieter GAUGER, *Vom öffentlichen Gebrauch der Geschichte*, in: Jürgen ARETZ u. a. (Hg.), *Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945*, Freiburg i. Br. 2003, S. 13–29, hier S. 13.

7 Peter REICHEL, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die politisch-justitielle Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur nach 1945*, Bonn 2003, S. 199.

8 Vgl. Bernhard GIESEN, *Das Tätertrauma der Deutschen. Eine Einleitung*, in: DERS./Christoph SCHNEIDER (Hg.), *Tätertrauma. Nationale Erinnerungen im öffentlichen Diskurs*, Konstanz 2004, S. 11–53, hier S. 11.

9 Vgl. Matthias RÖSSLER, *Patriotismus im vereinigten Europa. Positionen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft*, in: *Die Politische Meinung* 51 (2006) 2, S. 7–13, hier S. 8.

10 Vgl. Florian SATTLER, *Anleitung für gebildete Patriotismus-Verächter. Deutschland – na und?*, in: *Die Gazette. Das politische Kulturmagazin* (2004) 2, S. 44–49, hier S. 46.

11 Vgl. Karl ALBERT/Elenor JAIN, *Politisch-philosophische Reflexionen zur Patriotismusdebatte*, in: DIES., *Leitkultur, Demokratie und Patriotismus. Fünf aktuelle philosophisch-politische Essays zur interkulturellen Problematik*, Bochum 2006, S. 93–111, hier S. 103.

geschichtspolitische Kontroversen nichts anderes als der historisch-kulturelle Aspekt des Wieder- beziehungsweise Neubildungsprozesses der Nation.¹² Indem der Aufsatz die Befassung mit Patriotismus auf den Umgang mit der eigenen Geschichte fokussiert, wird jener Patriotismus im Wesentlichen auf der Ebene seines verbreiteten Grundverständnisses als emotionaler Verbundenheit behandelt, da für die erörterte Thematik zunächst das Selbstbild im Vordergrund steht – aus dem dann durchaus Weitergehendes im Sinne einer ideengeschichtlich umfassend rekonstruierten Definition von Patriotismus¹³ erwachsen kann.¹⁴

Neue Realitäten: „Bonn – Berlin“ und Kosovo-Krieg

Bundeskanzler Schröder sprach direkt zu Beginn der ersten rot-grünen Legislaturperiode vom „Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation“, die sich „der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber dabei nach vorne blickt“.¹⁵ Dass der Kanzler deutlich die künftige Verfolgung „nationaler Interessen“ artikuliert¹⁶, hob sich verbal merklich von einem Politikstil konstaterter „Machtvergessenheit“¹⁷ der „Bonner Republik“¹⁸ ab. War schon die 1991 erbittert geführte „Hauptstadt-Debatte“ im Kern um die Frage gekreist, wofür das vereinte Deutschland stehe¹⁹, so wurde sie mit dem tatsächlichen Umzug in die „neue alte“ Kapitale wieder aufgeworfen. Gab der sich zunehmender Popularität erfreuende Begriff der „Berliner Republik“ einem erneuten Groß-

12 Vgl. näher WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 499.

13 Fundiert geleistet von Volker KRONENBERG, *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation*, 2. Aufl., Wiesbaden 2006. Für diesen Beitrag wird die 1. Aufl. von 2005 verwendet.

14 Wie dann ja gerade in jüngster Zeit auch geschehen; vgl. nur im Zusammenhang die Debatten um eine gemeinwohlorientierte Bürgergesellschaft oder auch um Integration und Leitkultur. Hierzu etwa anstoßend Norbert LAMMERT (Hg.), *Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*, Bonn 2006.

15 Zit. nach Peter HURRELBRINK, *Der 8. Mai 1945 – Befreiung durch Erinnerung. Ein Gedenktag und seine Bedeutung für das politisch-kulturelle Selbstverständnis in Deutschland*, Bonn 2005, S. 323. Schröder wies jedoch sogleich darauf hin, es sei gefährlich, „dies als einen Ausstieg aus unserer historischen Verantwortung mißzuverstehen“ (EBD.).

16 Vgl. im Zusammenhang Steve CRAWSHAW, *Ein leichteres Vaterland. Deutschlands Weg zu einem neuen Selbstverständnis*, Frankfurt/M. 2005, S. 178.

17 Hans-Peter SCHWARZ, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985.

18 Vgl. Max A. HÖFER, *Die „Berliner Republik“ als Kampfbegriff?*, in: APuZ (2001) 6–7, S. 27–30, hier S. 27; Johannes GROSS bemerkte seinerzeit mit Blick auf ein nationales Interesse der alten Bundesrepublik, ein solches sei in deren Repertoire nicht vorgekommen; es habe gewirkt, als sei schon das Wort auf sie unanwendbar gewesen. Vgl. DERS., *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 29.

19 Vgl. die komprimierte Darstellung bei BRUNSEN (wie Anm. 4), S. 11–13.

machtstreben Ausdruck oder schlicht dem nun von Berlin aus erfolgenden Regieren? Die Antwort wird, wie so oft, dazwischen liegen. Dass schließlich die Verlagerung des politischen Zentrums Deutschlands in die Stadt beschlossen und vollzogen wurde, in der wie nirgendwo sonst die Ost-West-Differenzen beim Zusammenwachsen beider Teilgesellschaften hervortreten,²⁰ veranlasste jedenfalls auch Heinrich August Winkler zu der Feststellung: „Nach vier Jahrzehnten staatlicher Trennung kommt das Zusammenwachsen der Deutschen in West und Ost mit ihren immer noch sehr unterschiedlichen politischen und Geschichtskulturen einer Neubildung der deutschen Nation nahe.“²¹ Erste Anzeichen einer gerade auch linken mentalen Aneignung der „Berliner Republik“ machten sich bemerkbar.²²

Der Kosovo-Krieg, mit dem sich Deutschland nur kurze Zeit nach dem Regierungswechsel konfrontiert sah, zeigte eine weitere Facette inneren und äußeren Wandels. „Der Realitätsschock wurde ... erst 1999 wirklich spürbar. Die neue Verantwortung des Landes trat mit dem Kosovokrieg in aller Klarheit und Brutalität zutage“,²³ schreibt Gerhard Schröder selbst rückblickend in seinen Memoiren. In der Tat stellte der Kampfeinsatz eigener bewaffneter Verbände einen radikalen politischen Paradigmenwechsel dar und brach das deutsche Nachkriegstabu militärischer Intervention. Dies wog umso schwerer, als der Grundsatz ad acta gelegt wurde, dass der Einsatz deutscher Soldaten dort ausgeschlossen sei, wo Deutsche im Zweiten Weltkrieg als Aggressoren aufgetreten waren.²⁴ Während Kohl in den letzten Jahren bereits eingefahrene Konventionen insoweit verworfen hatte, als es in seinen Augen nunmehr trotz der deutschen Geschichte möglich sein müsse, Truppen ins Ausland zu entsenden, ging die neue Regierung deutlich weiter. Ausgerechnet Außenminister Fischer als Vertreter der pazifistischen Grünen beharrte in Umkehrung vorheriger historischer Argumentation darauf, Deutschland müsse gerade wegen seiner Geschichte am Kosovo-Einsatz teilnehmen.²⁵ In Ergänzung der bislang

20 Vgl. EBD. S. 13. Darüber hinaus erforderte Berlin, wie HENNECKE (wie Anm. 1), S. 140, notiert, einen anderen, bewussteren Umgang mit der deutschen Vergangenheit als in Bonner Zeiten.

21 So Heinrich August WINKLER, *Die „Berliner Republik“ in der Kontinuität der deutschen Geschichte*, in: Werner SÜSS/Ralf RYTLEWSKI (Hg.), *Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole*, Bonn 1999, S. 235–244, hier S. 243.

22 Nicht zufällig fiel etwa auch die Gründung der programmatischen Zeitschrift „Berliner Republik“ durch sozialdemokratische Nachwuchspolitiker in diesen Zeitraum (1999).

23 Gerhard SCHRÖDER, *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik*, 2. Aufl., Hamburg 2006, S. 85.

24 Vgl. Eckhard FUHR, *Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland*, Berlin 2005, S. 33.

25 Vgl. Birgit SCHWELLING, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit*, in: Siegmund SCHMIDT u.a. (Hg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden 2007, S. 101–111, hier S. 104f.

gültigen Formel „Nie wieder Krieg!“ als Lehre aus der deutschen Geschichte diene „Nie wieder Auschwitz!“ dazu, die militärische Beteiligung auf dem Amselfeld zu rechtfertigen.²⁶ Abgesehen von der teils heftigen Kritik an Vergleichen oder gar Gleichsetzungen des serbischen Vorgehens mit Hitlers Vernichtungspolitik ließ sich somit eine „signifikante Umcodierung im historischen Lernprogramm der Deutschen“²⁷ feststellen. Wengleich die deutsche Partizipation im Kosovo eher auf der Bündnistreue der neuen Regierungskoalition sowie veränderten Anforderungen und Erwartungen seitens der NATO an die Bundesrepublik als auf eigenem Gestaltungswillen basierte, zeigt sich in diesem souveränen politischen Akt ein wichtiger Aspekt fortschreitender innerer Normalisierung Deutschlands.²⁸

Letztlich zogen der Umzug an die Spree und der Krieg im Kosovo den sichtbaren Schlussstrich unter das, was bereits 1990 zu Ende gewesen war: die Beschaulichkeit im Schatten der Weltpolitik, die bisweilen für bequemes Beiseitestehen und auch moralische Sonderwege erhalten musste. Spätestens jetzt begann die Bewährungsprobe der „Normalität“.²⁹

Herausforderungen und Folgen des Generationswandels für das nationale Gedenken

„Der Holocaust ist heute weit mehr als nur ein weiterer unleugbarer Tatbestand der Vergangenheit, den die Europäer nicht länger verdrängen können. Während Europa sich anschickt, den Zweiten Weltkrieg endgültig hinter sich zu lassen – während die letzten Denkmäler eingeweiht und die letzten überlebenden Kriegsteilnehmer und Opfer geehrt werden –, ist die wiederentdeckte Erinnerung an Europas tote Juden Definition und Garantie für die wiedergefundene Humanität des Kontinents.“³⁰ Der britische Historiker Tony Judt fasst mit Blick auf die europäische Ebene bereits all das zusammen, was das gegenwärtige deutsche Verhältnis zur eigenen Vergangenheit in seinem Kern charakterisiert, und beschreibt damit ein Phänomen, das Norbert Frei auf die

26 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 336; kritisch Joannah CABORN, *Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik*, Münster 2006, S. 215–217.

27 Norbert FREI, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 25.

28 Vgl. Felix Philipp LUTZ, *Historical Consciousness and the Changing of German Political Culture*, in: Winand GELLNER/John D. ROBERTSON (Hg.), *The Berlin Republic. German Unification and a Decade of Changes*, London u.a. 2005, S. 19–34, hier S. 30f.; HÖFER (wie Anm. 18), S. 28.

29 Vgl. Ulrich SCHLIE, *Von Bonn nach Berlin. Die deutsche Wiedervereinigung*, in: Eckart CONZE/Gabriele METZLER (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Daten und Diskussionen*, Stuttgart 1999, S. 365–381, hier S. 378.

30 Tony JUDT, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2006, S. 934.

Formel eines „erinnerungspolitischen Gezeitenwechsel(s)“³¹ gebracht hat. Die zentrale Bedingung einer solchen großflächigen Veränderung stellt der Generationswandel dar, denn angesichts der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung, wie auch der anderer Staaten, vermindert sich fortlaufend die Zahl derjenigen, die persönliche Erinnerungen an die Zeit vor 1945 haben.³² Mehr als zwei Drittel der heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren, zudem gehören weniger als 15 Prozent der Menschen Jahrgängen an, die noch als Täter, Mitläufer oder Opfer des Regimes in Betracht kommen.³³ Durch das allmähliche „Aussterben“ der Zeitzeugen entrückt der Nationalsozialismus unvermeidlich der autobiographischen Erfahrungsebene und gelangt auf die Stufe mehr oder weniger geeigneter Rekonstruktionen.³⁴ Heute schon tragen nicht mehr allein die Erlebnisgenerationen das „Dauerargument 1945“ vor, verschaffen sich aber im Übergang vom kommunikativen zum „kulturellen Gedächtnis“ (Aleida und Jan Assmann) noch einmal verstärkt Gehör³⁵, bis schließlich mit dem Tod der letzten Zeitzeugen der wichtigste Strom authentischer Erfahrungsweitergabe versiegen und „history“ an die Stelle von „memory“ treten wird.³⁶ Wenn sich also der „Kreis der aktiven Erinnerung schließt“³⁷, sieht sich die Gedenkkultur der Berliner Republik vor die Herausforderung gestellt, einen anderen Zugang zur Geschichte und, damit verbunden, eine neue Form des Erinnerns finden zu müssen.³⁸ Wenn mit wachsendem zeitlichen Abstand die ritualisierte öffentliche und damit zwangsläufig mythische Inszenierung des Nationalsozialismus zunimmt, bleibt die Vermittlung der NS-Geschichte als eines formativen Bestandteils Deutschlands unerlässlich, auch wenn sie kein Monopol mehr beanspruchen kann,

31 Norbert FREI, „Gefühlte Geschichte. Die Erinnerungsschlacht um den 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945 hat begonnen. Deutschland steht vor einer Wende im Umgang mit seiner Vergangenheit“, in: „Die Zeit“ vom 21.10.2004.

32 Vgl. Horst MÖLLER, *Erinnerung(en), Geschichte, Identität*, in: APuZ (2001) 28, S. 8–14, hier S. 10.

33 Vgl. WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 501.

34 Vgl. Jan-Holger KIRSCH, *Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik*, Köln 2003, S. 55; ähnlich MÖLLER (wie Anm. 32), S. 10.

35 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 340.

36 Vgl. Paul SCHULMEISTER, *Erinnerungswende nach 60 Jahren? Anmerkungen zum Generationen- und Perspektivenwechsel in Europa*, in: Europäische Rundschau (2005) 2, S. 3–19, hier S. 4.

37 Jorge SEMPRÚN am 10. April 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, zit. nach JUDT (wie Anm. 30), S. 964.

38 Vgl. Stephan SCHLAK, *Schuld und Scham*, in: Karl Heinz BOHRER/Kurt SCHEEL (Hg.), *Ein neues Deutschland? Zur Physiognomie der Berliner Republik* (Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 689/690), Stuttgart 2006, S. 829–836, hier S. 830f.

weil neue Bezugspunkte in den Vordergrund treten.³⁹ Ob mittel- und langfristige die Holocaust-Erinnerung als Staatsräson der Berliner Republik⁴⁰ wirksam wird oder die deutschen Verbrechen gemäß Johannes Gross' Prognose zwar nie vergessen und gelehnet, aber doch gänzlich museal werden und ihre bewusstseinsfüllende und politisches Verhalten steuernde Funktion einbüßen,⁴¹ wird sich zeigen. Die derzeitige Tendenz zu einer Musealisierung der Vergangenheit ist jedenfalls evident.

Sie bildete auch bereits vor bald zehn Jahren, kurz nach dem Regierungswechsel auf Bundesebene, den Anknüpfungspunkt zur letzten großen Selbstverständigungsdebatte der noch mit einem Arm von Bonn aus gelenkten Bundesrepublik, die mit Martin Walsers Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche ihren Anfang nahm. Der Schriftsteller gab mit seinen „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“ primär Einblick in sein privates Gefühlsleben. Als folgenreich sollten sich dabei diejenigen Passagen erweisen, die sich auf das deutsche Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit konzentrieren. „Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird“⁴², leitete der Geehrte den umstrittenen Teil seiner Ansprache ein, um die rhetorische Frage anzuschließen, ob nicht die Intellektuellen, die den Deutschen ebendiese Schande vorhielten, der Illusion verfielen, sich durch ihr Arbeiten im „grausamen Erinnerungsdienst“ für einen Augenblick näher bei den Opfern als bei den Tätern zu fühlen und sich somit ein wenig zu entschuldigen.⁴³ Walser sprach von einer entstandenen „Routine des Beschuldigen“ und führte zugleich aus: „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt.“⁴⁴ Er, der es nie für möglich gehalten habe, die Seite der Beschuldigten zu verlassen, fange nun an, wegzuschauen.⁴⁵

39 Vgl., auch zu Entstehung und Funktion von Mythen, Jens HACKE, *Gegenwärtige Vergangenheiten. Politische Mythen*, in: Die Gazette. Das politische Kulturmagazin (2005) 4, S. 55–59, hier S. 57.

40 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 315.

41 Vgl. GROSS (wie Anm. 18), S. 105.

42 Martin WALSER, *Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede*, in: Frank SCHIRRMACHER (Hg.), *Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation*, Frankfurt/M. 1999, S. 7–17, hier S. 11.

43 Vgl. EBD. S. 11.

44 EBD. S. 11f.

45 Vgl. EBD.

Doch nicht allein der Inhalt und bisweilen selbstquälerische Gestus der Rede lösten die Kontroverse aus. Ignatz Bubis, der nach Walsers Vortrag als Einziger sitzengeblieben war, intervenierte tags darauf und bezeichnete Walser als „geistigen Brandstifter“⁴⁶. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland erneuerte diesen Vorwurf in seiner Gedenkrede zur Reichspogromnacht vom 9. November 1938 und wandte sich eindringlich gegen die von dem Schriftsteller diagnostizierte „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“⁴⁷. Walser spreche „eindeutig für eine Kultur des Wegschauens und des Wegdenkens, die im Nationalsozialismus mehr als üblich war und die wir uns heute nicht wieder angewöhnen dürfen“.⁴⁸ Bubis bezog sich damit auch auf Elemente in Walsers Rede, nach denen sich Auschwitz nicht dafür eigne, „Drohoutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch solche Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität Lippengebet. Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft?“⁴⁹ Die Äußerungen des Friedenspreisträgers sowie deren durchaus verbreitete Unterstützung deutete der höchste Repräsentant der deutschen Juden als Symptom eines politischen Kulturwandels im vereinten Deutschland. Der intellektuelle Nationalismus nehme zu und sei zudem nicht völlig frei von unterschwelligem Antisemitismus.⁵⁰ Daraufhin verschärfte sich die Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern Walsers, bei der vermittelnde Stellungnahmen an den Rand gedrängt wurden, merklich.⁵¹ Es ereignete sich eine regelrechte diskursive Explosion um Walsers erinnerungspolitische Positionen und, vor der Folie einer „neuen Normalität“ der „Berliner Republik“, um die retrospektive Bewertung der bis dato schon recht hitzig verlaufenen Diskussion, aber auch um Antisemitismus beziehungsweise entsprechende Vorwürfe.⁵²

Das geplante Berliner Holocaust-Mahnmal nannte der Literat eine „Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Alptraum“

46 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 65.

47 WALSER (wie Anm. 42), S. 12.

48 Ignatz BUBIS, *Rede des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland am 9. November 1998 in der Synagoge Rykerstraße in Berlin*, in: SCHIRRMACHER (wie Anm. 42), S. 106–113, hier S. 111.

49 WALSER (wie Anm. 42), S. 13.

50 Vgl. BUBIS (wie Anm. 48), S. 112.

51 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 65f.

52 Vgl. weiterführend Lars RENSMANN, *Enthauptung der Medusa. Zur diskurshistorischen Rekonstruktion der Walser-Debatte im Licht politischer Psychologie*, in: Micha BRUMLIK u. a. (Hg.), *Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik*, Berlin 2000, S. 28–126, hier S. 83.

und „die Monumentalisierung unserer Schande“.⁵³ Dahinter stand Walsers persönliches „Geschichtsgefühl“ im Angesicht einer empfundenen Omnipräsenz von „Auschwitz“ sowie einer, wie Karl Heinz Bohrer es in dem Zusammenhang beschrieb, „dramatisch verkürzte[n] historische[n] Erinnerung“, welche die deutsche Nationalgeschichte zu Stationen vor Hitler schrumpfen lassen und somit zu deren umfassender Entwertung geführt habe.⁵⁴ Die von Walser angesprochene Gefahr, dass ein Übermaß an öffentlich zelebrierter, ritualisierter Erinnerung dem Ziel moralischer Integration des Gemeinwesens entgegenstehen könnte, erschien, nüchtern betrachtet, im Kontext der Auseinandersetzungen um das Mahnmal nicht völlig abwegig.⁵⁵ Hinter vorgehaltener Hand höre man nicht von wenigen, so bemerkt Antonia Grunenberg mit Blick auf die zunehmend abstrakte Chiffre „Auschwitz“, wie verlogen die Attitüde des permanenten Schuldbekenntnisses sei; doch wenn man, wie eben Walser, sein Unbehagen laut kundtue, stehe die politische Korrektheit über dem Nachdenken.⁵⁶ Freilich ernteten Walsers Einlassungen auch Beifall von der falschen Seite. Vom eigentlichen Sinnzusammenhang seiner Rede ist diese unerwünschte Anerkennung jedoch scharf zu trennen.

Im Rückblick wird noch mehr als damals schon deutlich, dass der Streit im, naturgemäß fließenden, Generationswechsel seinen motivgebenden Überbau fand – und damit auch in der Frage, ob die mittel- oder unmittelbaren Zeitzeugen des Nationalsozialismus über den Einfluss ihrer Geschichte und ihres Geschichtsbilds auf die Nachgeborenen würden bestimmen können.⁵⁷ In Walsers Sätzen eine schlichte Schlussstrich-Mentalität⁵⁸ oder eine Selbstentpflichtung aus dem von ihm selbst so bezeichneten „Erinnerungsdienst“⁵⁹ zu lesen, läuft daher fehl. Überhaupt wirkten die gegeneinander erhobenen Vorwürfe sachlich unangemessen und ermüdend, da es weder darum ging, dem Erzähler Vorschriften über seine privaten Erinnerungen zu machen, noch darum, antisemitische Ressentiments wieder salonfähig werden zu lassen, zumal Walser betont hatte, ihm gehe es an keiner Stelle um die Relativierung des

53 Jeweils WALSER (wie Anm. 42), S. 13. In der Diskussion um das Mahnmal könne „die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute anrichteten, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlten“, so Walser (EBD.).

54 Vgl. Karl Heinz BOHRER, „Schuldkultur oder Schamkultur und der Verlust an historischem Gedächtnis“, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 12./13.12.1998.

55 Vgl. HENNECKE (wie Anm. 1), S. 143.

56 Vgl. Antonia GRUNENBERG: *Die Lust an der Schuld. Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart*, Berlin 2001, S. 207f.

57 Vgl. Robert LEICHT, *Warum Walser irrt. Auch die Nachgeborenen haften für das Erbe von Auschwitz*, in: SCHIRRMACHER (wie Anm. 42), S. 327–329, hier S. 327, 329. In dieser Hinsicht vgl. ebenso HENNECKE (wie Anm. 1), S. 144.

58 Vgl. Marcus HAWEL, *Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland*, Hannover 2007, S. 93.

59 Vgl. entsprechend FREI (wie Anm. 27), S. 14.

Völkermords.⁶⁰ Der Kontroverse mit ihren aneinander vorbei redenden Hauptprotagonisten haftete in der für alle sichtbar bloßgelegten formelhaften Sterilität des Vergangenheitsdiskurses der alten Bundesrepublik⁶¹ mithin etwas Anachronistisches an – an ihrem Ende bleibt eine Gratwanderung zwischen zwei Epochen.⁶² Auch die Beteiligten selbst und die Öffentlichkeit spürten, dass die Debatte in einer Übergangszeit stattfand, ein Bedürfnis nach unbefangenerer Hinwendung zur Zukunft existierte und im Zuge dessen die NS-Vergangenheit an prägender Kraft verlor. Gerade dieser Schwellencharakter, einmal mehr auch in Hinsicht auf den Wechsel zu Rot-Grün, erklärt wesentlich die Leidenschaft auf beiden Seiten.⁶³ In der Zerrissenheit des Intellektuellen zwischen privatem und öffentlichem Gedenken verdichteten sich die scheinbaren Widersprüche des deutschen Erinnerungsdiskurses um die Jahrtausendwende. Paradox mutet dabei auf den ersten Blick an, dass die Friedenspreisrede durch Walsers Rückzug auf das eigene Gewissen gerade keinen radikalen Bruch mit der etablierten Schuldkultur bedeutete, vielmehr das letzte Aufbäumen des privaten Inneren gegen öffentliche Trauerrituale im Rahmen einer sich entwickelnden Schamkultur markiert,⁶⁴ und dennoch so weitreichende Aufmerksamkeit und Unterstützung erfuhr. Ein Erklärungsansatz bietet sich dahingehend, dass Walsers Anhänger in der Anteil nehmenden Bevölkerung dessen Befürchtungen einer weiteren Zunahme allgegenwärtig zelebrierten, „erdrückenden“ und damit kontraproduktiven Gedenkens teilten – wie sich der Umgang mit der deutschen Vergangenheit in der Berliner Republik im Einzelnen tatsächlich weiter ausbilden würde, konnten sie zu dem Zeitpunkt nicht absehen. Aus heutiger Sicht symbolisiert die „im Schatten der alten Antworten“⁶⁵ geführte Walser-Bubis-Debatte den Scheitelpunkt erinnerungspolitischer Konfrontation und löst zugleich gewissermaßen die Starre nationaler Selbstverständigung; insoweit ist Norbert Frei durchaus zuzustimmen, dass der Streit des Winters 1998/1999 die Suche nach einem neuen Verhältnis zur Vergangenheit eröffnet hat.⁶⁶ Das sich weithin regende „Geschichtsgefühl“ repräsentiert damit einen Kernaspekt der um etwa ein Jahrzehnt verzögerten, emotionalen wie intellektuellen Aneignung des mit der Deutschen Einheit begründeten Vaterlands,⁶⁷ so dass letztlich die Bedeutung der Debatte weniger

60 Vgl. hierzu auch HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 340.

61 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 43f.

62 Vgl. näher Michael JEISMANN, *Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen*, Stuttgart 2001, S. 178–181.

63 Vgl. in übereinstimmender Einschätzung HENNECKE (wie Anm. 1), S. 146; BOHRER (wie Anm. 54); FUHR (wie Anm. 24), S. 43.

64 Vgl. SCHLAK (wie Anm. 38), S. 835.

65 BOHRER (wie Anm. 54).

66 Vgl. FREI (wie Anm. 27), S. 14.

67 Vgl. in diesem Sinne FUHR (wie Anm. 24), S. 43, 46.

in ihrem genuin historischen Gehalt als in ihrer politischen Identitätsrelevanz für die vereinigte Bundesrepublik liegt.⁶⁸

Seither waren und sind in dem Bemühen, die Frage, „Was ist deutsch?“, einer Antwort zuzuführen, verstärkt Plädoyers für die Einbeziehung der „anderen“ Geschichte zu registrieren – ein weiteres Zeichen für den Generationswandel, oder, exakter, für dessen Wirkungsmacht, denn derlei noch vor zehn Jahren als Hofart des Rechtsextremismus ausgelegte Vorstöße kommen längst nicht durchweg aus den Reihen der eindeutig Jüngeren. Wenn Udo Di Fabio mit Nachdruck an die Seele der Deutschen appelliert, sie müsse „endlich wieder den Kern und nicht die Verirrung seiner [sic!] Nationalgeschichte in den Mittelpunkt einer optimistischen Selbstgewissheit rücken“⁶⁹, signalisiert das ebenso einen markanten Bewusstseinswandel wie die Mahnung, die Geschichte vor Hitler nicht zu vergessen, der die Deutschen schließlich an vorderer Stelle das Bewusstsein von Freiheit zu verdanken hätten.⁷⁰ In diesem Zusammenhang schärft sich die Wahrnehmungssensibilität für gesellschaftliche Erschöpfungs- und Überdrussreaktionen angesichts des öffentlichen Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit spürbar⁷¹ – stets eingedenk der Tatsache, dass hier ein an konstruktiver Gegenwartsgestaltung orientiertes Umdenken eine fortwährende Gratwanderung zwischen den Gefahren von Desinteresse beziehungsweise Verharmlosung und der Notwendigkeit vorsichtiger gedenkpolitischer Modifizierung verlangt. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass der allgegenwärtige Schulddiskurs nachkommenden Generationen fast schon genetisch eine Rolle eingeschrieben habe, die die Verantwortung der Bürger für die Gegenwart überlagere⁷²; anstelle sozialkritischer Impulsgebung komme es zu einer ernsthaften Behinderung der politischen Handlungsfähigkeit der zweiten deutschen Republik⁷³. Auch in ausländischer Perspektive findet eine solche Skepsis indessen Anschluss: „Jede neue Generation in Deutschland aufzufordern, sie solle ... die Verantwortung für die Erinnerung an Deutschlands singuläre Schuld ... zur Bezugsgröße ihrer nationalen Identität machen, war das mindeste, was man verlangen ... und viel mehr, als man erwarten konnte.“⁷⁴

68 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 55.

69 Udo DI FABIO, *Die Kultur der Freiheit*, München 2005, S. 220.

70 Vgl. ALBERT/JAIN (wie Anm. 11), S. 104.

71 Vgl. Peter BRANDT, *Universelle Werte und Nationalkultur. Was ist deutscher Patriotismus?*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (2005) 3, S. 36–39, hier S. 37f.

72 Vgl. grundsätzlich die luziden Ausführungen bei GRUNENBERG (wie Anm. 56), hier S. 20.

73 Vgl. BRANDT (wie Anm. 71), S. 38.

74 JUDT (wie Anm. 30), S. 944.

Trittsicher auf schmalem Grat? Erinnerungskulturelle Perspektivenerweiterung zwischen deutscher Leiderfahrung und „Hitler-Welle“

Die Deutschen also doch nicht „auf ewig in Hitlers Schatten?“⁷⁵ Der oftmals eher unterschwellig ablaufende Prozess der Aneignung der Nation äußert sich auch in der eingehenden Beschäftigung mit dem, was nicht mehr zu dieser seit 1990 geeinten Nation gehört. Hier spielt die Generationenfrage ebenfalls eine zentrale Rolle. So erfuhren etwa die ehemaligen deutschen Ostgebiete seit Beginn des neuen Jahrhunderts verstärkte Aufmerksamkeit. Bei den kurz vor dem Rentenalter stehenden Kindern der gegen und nach Ende des Krieges heimatlos gewordenen Menschen drängten sich Fragen auf. Viele Familien besuchten nach dem Fall der Mauer die alte Heimat – die Älteren wollten sie nochmals, die Jüngeren erstmals sehen.⁷⁶ Mit der Entdeckung abgebrochener Familiengeschichten gerieten so auch Raum und Menschen östlich des „Eisernen Vorhangs“ erneut ins Blickfeld, kurz: das kulturelle Erbe dieser Region öffnete sich wieder als Teil der deutschen Geistesgeschichte. Neue, insbesondere literarische Perspektiven auf die deutsche Vergangenheit und auf familiäre Schicksale rückten damit auch ein „abgesunkenes Stück der kollektiven Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs“⁷⁷ in den Vordergrund, das, wie selbst Hans-Ulrich Wehler konzedierte, nun ruhig besprochen werden konnte. Bis heute wenden sich gerade jüngere Jahrgänge mit unverstelltem Blick diesen sensiblen Bereichen zu, möchten das Unabänderliche nicht infrage stellen, sondern schlicht wissen, was war, und so Einzelheiten über die Umstände von Flucht, Heimatverlust und Vertreibung erfahren.⁷⁸

Zwei im Jahre 2002 erschienene Werke sorgten im Kontext der signifikanten Perspektivenerweiterung um die Leidenserlebnisse zahlreicher Deutscher besonders für Aufsehen. Günter Grass veröffentlichte mit „Im Krebsgang“⁷⁹ eine fiktive, in die Vertreibung aus dem Osten eingebettete Erzählung rund um die wahren Geschehnisse des Untergangs des von einem sowjetischen U-

75 Heinrich August WINKLER, *Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte*, München 2007.

76 Vgl. Helga HIRSCH, *Flucht und Vertreibung – die Rückkehr eines Themas*, in: Jörg-Dieter GAUGER/Manfred KITTEL (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur* (Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte am 25. November 2004 in Berlin), Sankt Augustin 2005, S. 113–122, hier S. 116f.

77 „Die Debatte wirkt befreiend.“ Interview mit Hans-Ulrich WEHLER, in: „Der Spiegel“ vom 25.3.2002, S. 61–64, hier S. 62.

78 Vgl. Hans-Joachim NOACK, *Die Deutschen als Opfer*, in: Stefan AUST/Stephan BURG-DORFF (Hg.), *Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Bonn 2003, S. 15–20, hier S. 16f., 20; vgl. zuletzt Andreas KOSSERT, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.

79 Günter GRASS, *Im Krebsgang*, Göttingen 2002.

Boot versenkten KdF-Passagierschiffs „Wilhelm Gustloff“ und die etwa 9.000 dabei ums Leben gekommenen Flüchtlinge im Januar 1945, während „Der Brand“⁸⁰ des Berliner Autors Jörg Friedrich sich in bis dato ungekannter Intensität mit dem Bombenkrieg in deutschen Städten befasste. Damit griffen zwei als „unverdächtig“ geltende, da dem linken beziehungsweise linksliberalen Spektrum zuzuordnende, Schriftsteller heikle Themen aus der deutschen Vergangenheit auf. Einem verbreiteten Eindruck nach hatte der Opferdiskurs nunmehr auch die Täter erreicht.⁸¹ Grass, der sich im Laufe der Jahrzehnte vieler historischer Themen angenommen hatte, ging zum ersten Mal auf das deutsche Leid am Ende des Krieges im Zusammenhang einer exemplarischen Selbstkritik ein und bedauerte das „bodenlose Versäumnis“, die Geschichte der Vertriebenen bislang ausgespart zu haben in der Sorge, sie könne die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Schuld beeinträchtigen.⁸² Aber auch Politiker wie die grüne Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer oder Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erklärten, es sei „kein Ruhmesblatt“ gewesen, über das millionenfache Leid so lange hinweggesehen zu haben. Bereits im Angesicht der als „ethnische Säuberungen“ bezeichneten Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien in den neunziger Jahren und besonders der Ereignisse im Kosovo hatte gerade bei einem erheblichen Teil der politischen Linken ein allmähliches Umdenken eingesetzt, das seinerseits jener Neubewertung den Weg bereitete.⁸³ Zur Öffnung der Schleusentore trugen nicht zuletzt Dokumentationen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu Flucht und Vertreibung bei, die hohe Einschaltquoten erzielten.⁸⁴ Der „Boom der deutschen Opfergeschichte“, fasst Norbert Seitz diesen Prozess zusammen, lasse sich eben nicht auf reaktionäre Geister zurückführen, sondern gehe auf das „geschichtspolitische Konto einer nachholbedürftigen Linken, die eine leidenshistorische Wiederannäherung an das eigene Volk sucht und dabei von bislang geübter politisch korrekter Ignoranz und geschichtspädagogischer Strenge abzusehen scheint“.⁸⁵ Dieses Phänomen lediglich auf die Bereitschaft vieler Alt-Achtundsechziger „zum milderen Urteil, ja zur Revision“⁸⁶ und somit zum bloßen Aussöhnungsbedürfnis der ehemaligen Protestgeneration nach

80 Jörg FRIEDRICH, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, Berlin 2002.

81 Vgl. Achatz VON MÜLLER, „Volk der Täter, Volk der Opfer“, in: „Die Zeit“ vom 23.10.2003.

82 Vgl. dazu FUHR (wie Anm. 24), S. 64.

83 Vgl. Hartmut KOSCHYK, *Der neue Stellenwert von Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur*, in: GAUGER/KITTEL (wie Anm. 76), S. 139–144, hier S. 141; NOACK (wie Anm. 78), S. 19.

84 Vgl. CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 216f.

85 Norbert SEITZ, *Die Nachhaltigkeit eines neuen Patriotismus*, in: APuZ (2007) 1–2, S. 8–13, hier S. 9.

86 FREI (wie Anm. 27), S. 14.

jahrzehntelangem, moralisch oft unerbittlichem Hadern mit der eigenen Geschichte zu reduzieren, greift wohl zu kurz.⁸⁷

Wer sich nicht vor der Übernahme von Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes scheue und darüber hinaus die Aussöhnung mit den Nachbarn anstrebe, hieß es jahrzehntelang, der dürfe über Deutsche als Opfer nicht sprechen. Die von Flucht und Vertreibung Betroffenen fanden vorwiegend bei den Vertriebenenverbänden Gehör, deren oft einseitige Betrachtungsweise vielen als hinreichender Beleg für die Diskreditierung des Themas galt.⁸⁸ Wurden Flucht und Vertreibung als Aspekt deutscher Zeitgeschichte demnach lange Zeit als revanchistisch kontaminiert angesehen,⁸⁹ entspann sich nun, mehr als eine Dekade nach der Wiedervereinigung, eine breite Debatte über Für und Wider der Thematisierung deutscher Opferrollen – dabei lässt die Art, wie sie geführt wurde, einen Wandel erkennen. Glaubte mancher bilanzierender Beobachter eine gefährliche, sich immer weiter auftürmende Welle der „Re-Viktimisierung“ der Deutschen auszumachen⁹⁰, findet heute zunehmend eine Position Zustimmung, die die Tabuisierung oder Verdrängung historischer Fakten als einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft nicht angemessen ansieht, zumal diese ohnehin dauerhaft kaum gelingen könne⁹¹. Die Klage des mittlerweile verstorbenen Reinhart Koselleck, „Als zwänge uns die Erinnerung an den Judenmord, die eigenen Toten zu vergessen. ... Als ließen sich die Millionen Toter gegenseitig verrechnen“⁹², hat insofern an Aktualität verloren, als sich größtenteils die Einsicht durchgesetzt hat, dass eine Totalisierung der deutschen Schuld nicht allen Opfern gerecht werden kann⁹³. Sicherlich wurden teilweise in den letzten Jahren kollektive Leiderfahrungen nach wie vor mit dem Verweis auf die deutsche Schuld gerechtfertigt; sei es hinsichtlich der Vertreibungen⁹⁴ oder mit Blick auf die Toten des Bombenkriegs, mit denen die Deutschen ihre „schwache Stunde“ der Auslieferung an Hitler bezahlt hät-

87 Vgl. in dieser Hinsicht FUHR (wie Anm. 24), S. 82.

88 Vgl. Helga HIRSCH, *Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerung im Wandel*, in: APuZ (2003) 40–41, S. 14–26, hier S. 14.

89 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 70.

90 Vgl. nur Harald WELZER, „Nervtötende Erzählungen. Die Bewältigung der Vergangenheit in Deutschland gilt als vorbildlich. Was bewältigt ist? Gar nichts“, in: „Frankfurter Rundschau“, Beilage „Deutschland danach“, vom 7.5.2005.

91 Vgl. etwa MÖLLER (wie Anm. 32), S. 14.

92 Reinhart KOSELLECK, *Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses*, in: Volkhard KNIGGE/Norbert FREI (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, Bonn 2005, S. 21–32, hier S. 28f.

93 Vgl. schon die Passage bei Manfred FUNKE, *1945: Ein Fragment namens Deutschland. Prägekräfte im Grenzraum zwischen Katastrophe und Neubeginn*, in: APuZ (1995) 1–2, S. 11–17, hier S. 17.

94 Vgl. die Grundtendenz bei Micha BRUMLIK, *Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen*, Berlin 2005.

ten.⁹⁵ Sich vor Augen führend, dass dabei zumindest hinsichtlich der Vertreibungen offensichtlich Verbrechen gegeneinander aufgerechnet werden, obgleich doch sonst zu Recht die Unzulässigkeit derartiger Kompensationsversuche angemahnt wird, wurde andernorts in moderateren Tönen von einer Umcodierung des Vergangenheitsdiskurses gesprochen⁹⁶ – die wohlgermerkt im Idealfall zu einem Mehr an Ausgewogenheit führen kann – oder davor gewarnt, die historischen Abläufe und die Gründe des auf Deutschland zurückschlagenden Krieges zu vergessen, da eine zusammenhangsferne Darstellung die Gefahr der undurchsichtigen Vermengung von Tätern und Opfern mit sich bringe⁹⁷. Zumindest bislang scheinen derlei Befürchtungen gleichwohl überwiegend unbegründet. Wendet man sich beispielsweise noch einmal Grass zu, stellt man fest, dass seine Novelle einen nicht zu unterschätzenden Durchbruch bewirkte: Wenn dieser Großkritiker nun Empathie für Vertreibungsoffer zuließ, mochten selbst viele Zögernde nicht mehr bestreiten, dass das Bekenntnis zu deutscher Schuld und die Trauer über deutsches Leid zwei Seiten einer Medaille sind.⁹⁸

Die Frage schließlich, ob die intensive Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung ein jahrzehntelanges Tabu breche, fand durchaus unterschiedliche Beantwortung, jedoch im Vergleich zu früheren Kontroversen in merklich weniger aufgeregter Stimmungslage. Einerseits wurde auf die frühe Thematisierung der Problematik in persönlichem Austausch, literarischer Verarbeitung und auch historischer Forschung hingewiesen, andererseits zugestanden, dass der Holocaust vor allem seit den sechziger Jahren ins Zentrum der Aufarbeitung des Nationalsozialismus gerückt war und infolge seiner Qualifizierung als singuläres Ereignis die Leiden großer Bevölkerungsteile aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt hatte, zumal nationale Kategorien in der Bundesrepublik sichtbar verblassten.⁹⁹ Insofern kann man die Opferrolle nicht-jüdischer Deutscher tatsächlich kaum als durchgehend tabuisiert bezeichnen, muss

95 Vgl. Kurt PÄTZOLD, *Auch die Geschichte kennt ihre Zahltagel – Die Debatte über den „Bombenkrieg“*, in: Michael KLUNDT (Hg.), *Heldenmythos und Opfertaumel. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs*, Köln 2004, S. 14–40, hier S. 35.

96 Vgl. FREI (wie Anm. 27), S. 17.

97 Vgl. Michael KLUNDT, *Die Nation im Helden- und Opfertaumel – Geschichtspolitische Debatten und Tendenzen seit 1989*, in: DERS. (wie Anm. 95), S. 156–189, hier S. 181.

98 Vgl. HIRSCH (wie Anm. 88), S. 14. Im Übrigen wirkt die schon moralisch höchst problematische Zurechnung aller deutschen Opfer zur Täterseite auch politisch fatal, weil sie, in Konstruktion einer eigenen Form von „Sippenhaft“, gleichsam zynisch über das Leid von Millionen hinweggeht, als existiere es nicht. Zudem, führt MÖLLER (wie Anm. 32), S. 13, in diesem Zusammenhang aus, sei eine solche Argumentation agitatorisch, weil sie die Nennung tatsächlicher historischer Vorgänge als „Aufrechnung“ diskreditiere.

99 Vgl. im Kontext und weiterführend Bernd FAULENBACH, *Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland*, in: APuZ (2002) 51–52, S. 44–54, hier S. 46f., 52f.

jedoch anfügen, dass ihrer, aus zum Teil sicher nachvollziehbaren Gründen, oft nur behutsam oder gar nicht gedacht, in manchen Kreisen auch abwehrend mit ihr umgegangen wurde.¹⁰⁰ Im Gesamtzusammenhang der Diskussion erscheint die Beurteilung, ob es sich objektiv um einen Tabubruch handelte oder nicht, letztlich eher sekundär – entscheidend war die Rezeption in der Bevölkerung und der damit verbundene Eindruck, dass hier ein lange vernachlässigtes Bedürfnis gestillt wurde.

Sowohl Günter Grass als auch Jörg Friedrich bearbeiteten dem öffentlichen Empfinden nach Neuland. Letzterer aber forderte mit „Der Brand“ die Autorität der Geschichtswissenschaft heraus und provozierte insbesondere durch die in seinem Werk verwendete Sprache einer detaillierten, atmosphärisch dichten Beschreibung des Grauens teils vehementen Widerspruch.¹⁰¹ Dass der Autor sich gewissermaßen 60 Jahre später zu den Opfern in den Luftschutzkeller setzte, brachte ihm den Vorwurf der Gleichsetzung nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und britisch-US-amerikanischer Luftkriegsführung sowie der Wegbereitung eines neuen, selbstmitleidigen Opferkults ein.¹⁰² Gleichwohl lässt sich am Text nicht belegen, dass Friedrich die westlichen Demokratien mit der deutschen Diktatur in eine Ecke stellt, wenn auch die Frage offenbleibt, ob und inwieweit er den alliierten Luftkrieg angesichts des eher geringen militärischen Nutzens für ein Kriegsverbrechen hält.¹⁰³ Das Buch lebt von der Prämisse, Opfer auch Opfer zu nennen, selbst wenn sie zugleich Täter oder Angehörige einer Tätergesellschaft waren.¹⁰⁴ Um die Jahrhundertwende nun war es erstmals möglich, die andere Seite der Medaille zu betrachten und das Inhumane am Luftkrieg zu diskutieren – und zwar nicht anstelle, sondern in Ergänzung zum vielfach thematisierten Terror der Nationalsozialisten.¹⁰⁵ Trotz kontroverser Erörterungen blieb die öffentliche Wirkung von Friedrichs Buch in Deutschland von der eines Skandals doch deutlich entfernt, was sich mit dem überwältigenden Einverständnis erklärt, einzelne Kapitel der nationalen Geschichte nicht aus der Erinnerung ausblenden zu kön-

100 Vgl. BRANDT (wie Anm. 71), S. 38; HIRSCH (wie Anm. 88), S. 14.

101 Vgl. noch jüngst kritisch Ralf STECKERT, *Bombenkrieg und Nationalsozialismus. Der Schritt zu einer getrennten Wahrnehmung?*, in: Stephan Alexander GLIENKE u. a. (Hg.), *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S. 361–374.

102 Vgl. in Bilanzierung der Reaktionen auf Friedrichs Werk Bernd GREINER, „Overbombard“. *Warum die Diskussion über die alliierten Luftangriffe nicht mit dem Hinweis auf die deutsche Schuld beendet werden darf*, in: *Literaturen – das Journal für Bücher und Themen* (2003) 3, S. 42–44, hier S. 42.

103 Mit Blick auf Biographie und publizistische Tätigkeit des Autors lassen sich die Vorwürfe der Geschichtsrevision schwerlich aufrechterhalten, zumal FRIEDRICH (wie Anm. 80), S. 403f., die hässlichen Seiten der Notgemeinschaft keineswegs ausblendet.

104 Vgl. GREINER (wie Anm. 102), S. 42–44.

105 Vgl. die entsprechende Argumentation bei CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 228f.

nen¹⁰⁶, weil sie schwierige Fragen aufwerfen. Zuvorderst ging es darum, sich gerade im Angesicht der historischen Schuld zu bejahen.¹⁰⁷ Im bundesrepublikanischen Geschichtsbewusstsein konkurrierten deutsche Verbrechen und deutsche Leiden in abnehmendem Maße, wurden vielmehr immer deutlicher zusammen gedacht.

Doch bot sich Potential revisionistischer Umdeutung der Vergangenheit auch auf anderen Feldern. So stellte etwa der ehemalige Leiter der „Wehrmachts-Ausstellung“, Hannes Heer, mit Blick auf die regelrechte „Hitler-Welle“ der Jahre 2004/2005 fest, es sei wieder hoffähig geworden, sämtliche Schuld auf den „Führer“ der Deutschen als Symbolfigur des Bösen schlechthin abzuschieben, entsprechend eben der bequemen Haltung, „Hitler war’s“¹⁰⁸. Andere hingegen entdeckten im ansteigenden „Hitler-Retro-Gesang“ lediglich den Versuch, die Ratlosigkeit der Deutschen zu übertönen, in nuce das Unvermögen, Hitler zu verstehen.¹⁰⁹ Als im Herbst 2004 Bernd Eichingers „Der Untergang“ in die Kinos kam und im Bemühen um möglichst genaue Rekonstruktion die letzten Tage des Diktators im Bunker unter der Reichskanzlei beleuchtete, war das etwas Neues. Wenn man denn das vielstrapazierte Wort vom Tabubruch in den Mund nehmen möchte, so würde es hier noch am besten passen: Man hatte gewagt, Hitler als Menschen in Nahaufnahme zu zeigen. Neben einiger gewohnt reflexartiger Kritik fand die Frage: „Dürfen wir Deutsche das?“ auch unmissverständlich bestätigende Erwiderung. Berechtigterweise, denn eine irreführende und zudem unhistorischer Distanz Vorschub leistende Dämonisierung, ja, Entmenschlichung Hitlers würde grundsätzlich der unerwünschten Perspektive zuarbeiten, das „Dritte Reich“ zu einem unerklärlichen Mythos werden zu lassen. Auschwitz als mit der deutschen Historie davor und danach nicht in verstehbaren Einklang zu bringendes Ereignis zu isolieren, würde den Nationalsozialismus gewissermaßen aus der Geschichte katapultieren¹¹⁰ – ein fraglos unangenehmer Gedanke.¹¹¹ Vor diesem Hintergrund ist es zu erklären, dass manch mahnende Stimme eine Infragestellung

106 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 66f.

107 Vgl. im Kontext Matthias KAMANN, „Die Leerstelle namens Patriotismus“, in: „Die Welt“ vom 12.11.2003.

108 Vgl. durchgängig Hannes HEER, „Hitler war’s“. *Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit*, Berlin 2005.

109 Vgl. etwa den pointierten Beitrag von Rafael SELIGMANN, *Brüderchen Hitler und die Pimpfe*, in: Cicero (2004) 10, S. 70–77.

110 Vgl. Marcus HAWEL (wie Anm. 58), S. 86.

111 Sicher existiert eine, in ihrer Tragweite freilich umstrittene, Vorgeschichte des 30. Januar 1933, wenngleich sie die z.T. zu beobachtende Behauptung einer folgerichtigen Kulminierung der deutschen Nationalgeschichte im Nationalsozialismus oder auch das nachträgliche Skizzieren eines direkten Weges von Friedrich dem Großen über Bismarck hin zu Hitler – oder gar abenteuerliche Konstruktionen von Luther an – nicht zu rechtfertigen vermag. Vgl. in dem Zusammenhang auch DI FABIO (wie Anm. 69), S. 203.

grundlegender Erkenntnisse über die deutsche Diktatur in konservativen Kreisen verortete.¹¹² In der Tat mag es zunächst irritieren, wenn Matthias Matussek von Hitler als einem „Freak-Unfall der Deutschen“¹¹³ spricht oder Udo Di Fabio im NS-Regime eine „heimtückische Krankheit“ erkennt, die wie ein „wucherndes Krebsgeschwür“ die Nation befallen habe, so dass ein „verkleideter Deutscher“¹¹⁴ sie in den Abgrund führen konnte. Allerdings gilt es auch hier, sorgfältig im Zusammenhang zu lesen. Thesen wie die von den „Gesundbetern deutscher Geschichte“, die unbelastet von allen vermeintlichen Tabus einen neuen Nationalstolz befördern wollen,¹¹⁵ erscheinen in ihrer Stoßrichtung zumindest fraglich; den genannten Intellektuellen kann man kaum ernsthaft vorwerfen, die begangenen Verbrechen zu verharmlosen. Wortmächtige Formulierungen wie obig zitierte entstehen vielmehr vor dem Hintergrund einer als übermäßig empfundenen Konfrontation mit dem Grauen und sind daher in den appellativen Kontext einzuordnen, die einseitige Fixierung auf Hitler zugunsten einer den Horizont erweiternden Hinwendung zu anderen Teilen der nationalen Geschichte zu lösen. Insofern vermochte der cineastisch inszenierte „Untergang“ durchaus zur Loslösung aus dem schier übermächtigen Schatten Hitlers beizutragen. Trotz recht unterschiedlicher Reaktionen und Bewertungen verursachte der Film insgesamt keinen nachwirkenden Eklat, sondern galt bald als wichtiges Element der Verarbeitungsgeschichte, auch der „Normalisierung“.¹¹⁶ Fast genau 60 Jahre nach Hitlers Ende kam die Kraft der Vergegenwärtigung aus aufgeklärter Distanz.¹¹⁷ Obschon die Verlockung, sich der Verantwortung der deutschen Geschichte zu entziehen, stets bestehen bleibt und Wachsamkeit geboten ist, hatte die befürchtete „Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit“¹¹⁸ bis dato nicht stattgefunden.

„1945 und wir“ – das gefühlte Ende der Nachkriegszeit und die Rolle Bundeskanzler Schröders

Wie bereits angedeutet, hielt nach der Abwahl der sogenannten „Flakhelfer-Generation“ an der Spitze des Staates ein neuer Ton im Umgang mit der deutschen Vergangenheit Einzug in die Politik. Eine besondere, wenn nicht gar

112 Vgl. knapp Volker ULLRICH, „Entgleist. Arnulf Barings fataler Beitrag zur Patriotismus-Debatte“, in: „Die Zeit“ vom 21.9.2006.

113 Matthias MATUSSEK, *Wir Deutschen. Warum uns die anderen gern haben können*, Frankfurt/M. 2006, S. 14.

114 Jeweils DI FABIO (wie Anm. 69), S. 207.

115 Vgl. ULLRICH (wie Anm. 112).

116 Vgl. Frank SCHIRRMACHER, „Die zweite Erfindung Hitlers: ‚Der Untergang‘“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 15.9.2004.

117 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 154.

118 So der Untertitel bei HEER (wie Anm. 108).

die zentrale Rolle nahm dabei der nunmehr siebte Bundeskanzler ein, der von Beginn an seine – gerade im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger offenbar werdende – Unbefangenheit gegenüber der deutschen Geschichte herausstellte. Selbst ein Angehöriger des Jahrgangs 1944, empfand Schröder sich als Vertreter einer primär durch die Bundesrepublik geprägten Generation der Nachgeborenen, die keinesfalls geschichtsblind, aber zweifellos persönlich unbelastet sei und daher mit aufrechtem Gang ein neues Selbstbewusstsein verkörpere.¹¹⁹ Seit Anvisierung der Kanzlerschaft benutzte er wie selbstverständlich den bis dato regelmäßig kritisierten Topos der „Normalität“ und erklärte, die Berliner Republik sei „in gutem Sinne deutsch“. Ausgerechnet – oder gerade? – der ehemalige Achtundsechziger Schröder, an Geschichte nach eigenem Bekunden kaum interessiert, strebte eine, wie sich zeigen sollte, weitreichende geschichtspolitische Neuvermessung Deutschlands an.¹²⁰

Mit seinem letztlich erfolgreichen Eintreten für eine rasche, angemessene Einigung in der Frage der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus hatte der Kanzler den ersten größeren vergangenheitspolitischen Akzent gesetzt. In der Folge sah sich Schröder ebenso manchem Vorwurf einer „Schlussstrich-Mentalität“ ausgesetzt wie im Umfeld des 8. Mai 2002, als er anlässlich des 57. Jahrestags der deutschen Kapitulation den seit seiner Paulskirchen-Rede nicht unumstrittenen Martin Walser in die SPD-Parteizentrale einlud, um über das Thema „Nation, Patriotismus und demokratische Kultur in Deutschland“ zu diskutieren. Bemerkenswert an der dialogischen Zusammenkunft war, dass sowohl der Politiker als auch der Intellektuelle den 8. Mai, immerhin Anlass der Veranstaltung, nur am Rande thematisierten. Walser, der seine Rede mit einem für ihn typischen Terminus – „Über ein Geschichtsgefühl“ – überschrieben hatte, äußerte sich in erkennbarer Kontinuität zum Oktober 1998 vorwiegend zur „nationalen Frage“. Demgegenüber sprach Schröder von der Nation als „Gedächtnisgemeinschaft“ und verband seinen Nationsbegriff mit dem Appell an ein „kritisches Selbstbewusstsein“, zu dem auch die kritische Aneignung der deutschen Geschichte gehöre. Der Zweck der symbolträchtigen Veranstaltung schien insoweit erreicht, als Schröder den 8. Mai nutzte, um mit Walsers erwartungsgemäß gefühlsbetonten Äußerungen zur Nation politisches Terrain zu sichern und zugleich mittels seiner eigenen Rede Differenzen zu seinem Gesprächspartner zu verdeutlichen.¹²¹ Dass sich, wie Hans Jörg Hennecke in diesem Zusammenhang bemerkt, angesichts eines Kanzlers, der Deutschland als normale Na-

119 Vgl. WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 500. Dabei sei es, ergänzt FREI (wie Anm. 27), S. 16, von geradezu verstörender Ironie, mit welchem Behagen sich die Generation Schröder im Gnadenstand einer „späten Geburt“ einrichte.

120 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 37.

121 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 343–347.

tion darstellte, eines relativ arglos zur Schau getragenen Patriotismus und eines Schriftstellers, der des Antisemitismus verdächtigt wurde, die Empörung in Grenzen hielt, war durchaus denkwürdig. Das Land tastete sich zu einer Form der Normalität vor, die noch der Inszenierung bedurfte und eben deshalb ein wenig angestrengt und aufgesetzt wirkte.¹²²

Um einiges authentischer war die Konstellation bei den internationalen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie. Hatte noch zehn Jahre zuvor Bundeskanzler Kohl den Vorschlag, die Alliierten könnten ihn ebenfalls einladen, mit der Begründung, die Teilnahme eines Deutschen an den Feiern sei unangemessen, klar zurückgewiesen, äußerte im Jahre 2004 der Sozialdemokrat Schröder die Ansicht, auch die damaligen Kriegsverlierer sollten bei diesem Ereignis anwesend sein dürfen, woraufhin er prompt eingeladen wurde.¹²³ Als am 6. Juni damit erstmals ein deutscher Regierungschef Seite an Seite mit den ehemaligen Siegermächten den Festivitäten zur Einläutung der Niederlage des „Dritten Reichs“ vor sechs Jahrzehnten beiwohnte, schienen, im Gegensatz zu dem, was man noch am Ende des 20. Jahrhunderts erwartet hätte, nur wenige überrascht oder schockiert.¹²⁴ In der Umarmung mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac am Strand der Normandie vollzog sich gleichsam symbolisch das „Ende der Nachkriegszeit“, das Schröder in Reaktion auf den wohl selbst als historisch empfundenen Moment nochmals entsprechend proklamierte. Öffentlichkeitswirksam hatte am „D-Day“ im historischen Bewusstsein eine – auch wenn im Umgang mit solchen Wertungen Sparsamkeit angebracht ist – neue Epoche begonnen.¹²⁵ Das bekräftigende Postulat des damaligen Bundeskanzlers, für eine Nation zu sprechen, die den „Weg zurück in den Kreis der zivilisierten Völkergemeinschaft“¹²⁶ gefunden habe, wird folgerichtig als Ausdruck einer subjektiv großen Distanz zu Hitler-Deutschland wahrgenommen – so groß, dass „sogar ein neues Spiel auf der Klaviatur des symbolpolitisch wieder für attraktiv gehaltenen Patriotismus erlaubt zu sein scheint“¹²⁷, notiert Frei hierzu argwöhnisch, aber weitsichtig.

Seinem eingeschlagenen Kurs blieb Schröder im Akkord der Jubiläen treu, so, wenn er kurze Zeit später den sich mit dem 20. Juli 1944 verbindenden innerdeutschen Widerstand gegen Hitler als patriotisch deklarierte¹²⁸ und da-

122 Vgl. HENNECKE (wie Anm. 1), S. 151.

123 Vgl. CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 294.

124 Vgl. HACKE (wie Anm. 39), S. 58; FUHR (wie Anm. 24), S. 54.

125 Vgl. Reinhard MOHR, *Das Deutschlandgefühl. Eine Heimatkunde*, Reinbek 2005, S. 187.

126 Zit. nach FREI (wie Anm. 27), S. 16.

127 EBD. S. 17.

128 Vgl. Volker KRONENBERG, *Lust auf Deutschland. Entdecken die Deutschen sich neu?*, in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte 467 (2006), S. 6–11, hier S. 8. Zu Widerstand und Patriotismus vgl. eingehend DERS. (wie Anm. 13), insbes. S. 163–171.

mit auf höchster politischer Ebene eine in dieser Form neue Perspektive auf die einst gescheiterten Versuche nationaler Selbstbefreiung eröffnete. Auch der sich immer deutlicher am Horizont abzeichnende erinnerungspolitische Höhepunkt schlechthin, der 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa im Mai 2005, ist im Lichte eines geschichtlich-mentalens Umschwungs zu sehen. Als die Zeitzeugen nochmals ausführlich zu Wort kamen und sich eine publizistische und mediale Großoffensive dem runden Gedenkdatum widmete, wurde nicht nur deutlich, wie sehr die Erblast des Nationalsozialismus mit dem Verlust der Erlebnisgeneration universalisiert wird.¹²⁹ Auch die Teilnahme des Bundeskanzlers an den ausgedehnten Feierlichkeiten in Moskau zum Sieg über Hitlers Reich liest sich als Indiz entscheidender Veränderungen, deren Botschaft im Wesentlichen lautete: Das Deutschland der „Berliner Republik“ befindet sich nicht mehr in unmittelbarer Nähe zum Nationalsozialismus; dazwischen liegt die demokratische Erfolgsgeschichte der rheinischen, von Bonn aus gelenkten Bundesrepublik.¹³⁰ In seiner Gedenkrede zum Kriegsende am 8. Mai 2005 betonte schließlich Bundespräsident Horst Köhler, Deutschland sei heute ein anderes Land als vor 60 Jahren; es trauere „um alle Opfer, weil wir gerecht gegen alle Völker sein wollen, auch gegen unser eigenes“.¹³¹ Keinesfalls könne von einem Schlussstrich gesprochen werden, doch bestimme die gesamte Geschichte die Identität der deutschen Nation: „Wer einen Teil davon verdrängen will, der versündigt sich an Deutschland.“¹³² Der positive Grundtenor in den Worten des Staatsoberhauptes spiegelte sich auch in der Feststellung, das Erreichte sei ohne die gezogenen Lehren undenkbar und zudem das Ergebnis ständiger Anstrengung; die Bürger hätten mithin heute guten Grund, stolz auf ihr Land zu sein.¹³³ Sogar Günter Grass gelangte in seiner ansonsten in Moll gehaltenen Bilanz zu dem tendenziell wohlwollenden Schluss, „von heute aus gesehen“ scheine das, „was nach erteilten Lektionen gebüffelt wurde, zumindest für ein befriedigendes Zeugnis zu reichen“.¹³⁴

129 Vgl. weitergehende Gedanken bei HACKE (wie Anm. 39), S. 58. Zu problematischen Auswirkungen des Universalisierungsphänomens vgl. DAN DINER, *Den Zivilisationsbruch erinneren. Über Entstehung und Geltung eines Begriffs*, in: Heidemarie UHL (Hg.), *Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts*, Innsbruck 2003, S. 17–34.

130 Vgl. WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 500f.

131 Horst KÖHLER, „*Begabung zur Freiheit*“. Rede des Bundespräsidenten bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, Berlin, 8. Mai 2005 (http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_623781/Begabung-zur-Freiheit.pdf, 24. Juli 2008), S. 2. Vgl. im Kontext auch S. 3.

132 EBD. S. 10.

133 Vgl. EBD.

134 Günter GRASS, „*Freiheit nach Börsenmaß*“, in: „*Die Zeit*“ vom 4.5.2005.

In der Eröffnung des sogenannten „Holocaust-Mahnmals“ in Berlin 2005 fand die weiter oben angesprochene Musealisierung der Vergangenheit vorerst ihren Höhepunkt. Nachdem der Einweihung jahrelange Auseinandersetzungen um Sinn und konkrete Gestaltung des Denkmals vorausgegangen waren¹³⁵, sollte das Bauwerk nach dem Willen der Initiatoren als Mahnmal „von den Nachkommen der Täter“ und „im Land der Täter“ gedeutet werden¹³⁶. Zumindest spricht das an zentraler Stelle nahe dem Brandenburger Tor errichtete, mit rund 19.000 Quadratmetern unübersehbare Monument eine deutliche Sprache: Es beklagt nicht allgemein die „Opfer des Nationalsozialismus“, sondern versteht sich schon seinem offiziellen Titel nach ausdrücklich als „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. In einem bisher weltweit einmaligen Akt hat damit eine Nation ein Mahnmal, das stets an die eigenen Verbrechen erinnert, mitten im Zentrum ihrer Hauptstadt platziert. Es symbolisiert zugleich den vollzogenen Wechsel von der altbundesrepublikanischen Schuldkultur zu einer neuen, mehr als je zuvor öffentlichen, Schamkultur der Berliner Republik¹³⁷, gleichsam den vorläufigen Abschluss einer längeren Entwicklung hin zur Anerkennung individueller Schuld und kollektiver Verantwortung¹³⁸. Die auffällige Tatsache, dass die Eröffnung des Stelenfelds im Herzen Berlins wie überhaupt die etablierte „Gedenkstättenkultur“ trotz manch skeptischer bis kritischer Stimme¹³⁹ kaum größere feuilletonistische Erregungszustände auslöste, kann zumindest teilweise dadurch erklärt werden, dass die Bundesrepublik, wie Michael Jeismann treffend konstatiert, sich von der Vergangenheit nicht mehr erdrücken lässt – sie macht Geschichte daraus.¹⁴⁰ In gewisser Weise wurde durchaus ein Schlussstrich unter das Vergangene gezogen, aber anders als lange befürchtet nicht durch Verdrängung oder gar Verleugnung, sondern durch symbolische Aneignung und kollektive Anerkennung der Historie.¹⁴¹ In Überwindung der starren Dichotomien der achtziger Jahre – erinnert sei

135 Vgl. zusammenfassend den entsprechenden Passus bei Peter REICHEL, *Schwarz-Rot-Gold. Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945*, Bonn 2005, S. 157–171.

136 Vgl. Kirsten HARJES, *Denkmäler, Literatur und die Sprache der Erinnerung. Kollektives Gedenken an den Holocaust in Deutschland nach 1989*, Ann Arbor 2006, S. 181–183.

137 Vgl. SCHLAK (wie Anm. 38), S. 832.

138 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 364. Es erfordert einige Phantasie, darin einen neuen „Chauvinismus“ zu erblicken, der „anderen Kulturen das Gute der eigenen Kultur predigen will: An deutschem Wesen soll schon wieder die Welt genesen.“ So aber die Auffassung von Uffa JENSEN, *Nationale Phantomschmerzen. Zum öffentlichen Gebrauch von Erinnerung in der neuen Bundesrepublik*, in: Undine RUGE/Daniel MORAT (Hg.), *Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik*, Wiesbaden 2005, S. 111–122, hier S. 117f.

139 Vgl. etwa Gustav SEIBT, *Professoren, Publizisten, Patrioten*, in: *Internationale Politik* (2006) 7, S. 98f., hier S. 98; zum „geschichtspolitisch durchgeplanten“ Berlin vgl. Eckhard FUHR, „Wege aus der Ambivalenz“, in: „Die Welt“ vom 8.11.2003.

140 Vgl. JEISMANN (wie Anm. 62), S. 149.

141 Vgl. SCHLAK (wie Anm. 38), S. 833.

insbesondere an den „Historikerstreit“¹⁴² – kam es hier sonach zur erfolgreichen Verbindung einer Heilung nationaler Strukturen und der dauerhaften Vergegenwärtigung deutscher Schuld.¹⁴³ Untergründig repräsentieren Orte wie das Jüdische Museum, die „Topographie des Terrors“, die Neue Wache oder eben das Holocaust-Mahnmal sicher auch hauptstädtischen Stolz.¹⁴⁴ Nicht zuletzt deshalb titulierte Bundeskanzler Schröder das Denkmal scheinbar unbekümmert als einen Ort, „an den man gerne geht“¹⁴⁵ – eine Aussage im Übrigen, die seinem Amtsvorgänger noch verübelt worden wäre, wie Frei sicher zu Recht betont¹⁴⁶.

*Statt eines Fazits: Deutschland, „normales“ Vaterland?
Bewährung und Unsicherheit*

Die vor allem während der rot-grünen Regierungsjahre aufkommenden Bestrebungen, die Vielgestaltigkeit der deutschen Geschichte anzunehmen, die geglückten Jahrzehnte als nicht selbstverständlich und als Anlass zu Selbstvertrauen und auch maßvollem Stolz zu betrachten¹⁴⁷, werden recht einmütig mit dem Umstand erklärt, die in die Regierungsverantwortung aufgerückte Generation habe teils ausdrücklich, teils stillschweigend von der vorzugsweise im linken Spektrum beheimateten Position Abstand genommen, Auschwitz, die Chiffre des Grauens, als ausschließlichen Gründungsmythos der zweiten deutschen Demokratie zu betrachten.¹⁴⁸ Dass der Umgang mit diesem Komplex jedoch alles andere als einfach oder gar eindeutig ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Konzeption des Grundgesetzes letztlich – obgleich sie sich darin nicht erschöpft – eine Reaktion auf die nationalsozialistischen Verbrechen war, dies insbesondere hinsichtlich der Verankerung der Menschenwürde als des Kernpunktes der gesamten Verfassung. Signalwirkung hatte es jedenfalls, wenn etwa in der linksintellektuellen „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ zu lesen war, im Rahmen einer mental auslaufenden

142 Vgl. dazu kürzlich Volker KRONENBERG (Hg.), *Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der „Historikerstreit“ – 20 Jahre danach*, Wiesbaden 2008; Steffen KAILITZ (Hg.), *Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik*, Wiesbaden 2008.

143 Vgl. SEIBT (wie Anm. 139), S. 98.

144 Vgl. dazu JEISMANN (wie Anm. 62), S. 149.

145 Zit. nach Claus LEGGEWIE/Erik MEYER, „Ein Ort, an den man gerne geht“. *Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989*, München 2005, S. 23.

146 Vgl. FREI (wie Anm. 27), S. 16.

147 Als einen der ersten vgl. eingehend Arnulf BARING, *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949–1999*, Stuttgart 1999.

148 Vgl. beispielsweise HENNECKE (wie Anm. 1), S. 146; auch Volker KRONENBERG, *Patriotismus und politische Kultur. Eine deutsche Debatte – 20 Jahre nach dem Historikerstreit*, in: *Berliner Republik* (2006) 1, S. 66–75, hier S. 75, und HACKE (wie Anm. 39), S. 58.

Nachkriegszeit bleibe Hitler „nicht länger als Negation identitätsstiftender Fixpunkt unserer Selbstbetrachtung“. ¹⁴⁹ Hier flammt der Paradigmenwechsel hin zu einem aufgeklärten Nationalbegriff auf, den die Regierung Schröder ohne allzu große Rücksicht auf traditionell bestehende Vorbehalte mehr oder minder behutsam einleitete ¹⁵⁰, der Horst Köhler zu der Feststellung führte: „Wir haben uns als Nation wiedergefunden“ ¹⁵¹, und der schließlich auch einen deutschen Patriotismus „nach Auschwitz“ möglich erscheinen ließ. Die im Zuge der Hinterfragung von Gründungsmythen ebenso ins Blickfeld rückende Frage nach dem jeweiligen Stellenwert der Zäsuren 1945 und 1989 bewirkte eine Lockerung der historiographischen Fixierung auf den Fluchtpunkt 1945 zugunsten einer affirmativeren Wahrnehmung der Bundesrepublik, die die Bedeutung von 1989 stärker als bislang gewichtet ¹⁵². Eine realistische Lesart deutscher Zeitgeschichte dürfte langfristig beide Daten als unabdingbare Orientierungsmarken begreifen: 1989 als Symbol für die Selbstbefreiung von einer Diktatur und den Wiederbeginn einer souveränen Geschichte im gesamten Deutschland, aber genauso 1945 als Mahnmal einer im Grunde nicht abschließend zu bewältigenden Vergangenheit, die die Deutschen lehrt, wer sie waren, wer sie nicht mehr sind und wer sie nicht wieder sein möchten. ¹⁵³

Zusammenfassend lässt sich das „Ende der Nachkriegszeit“ durchaus als Leitmotiv der siebenjährigen Ära Schröder beschreiben. ¹⁵⁴ Dabei wurden die signifikanten Bewusstseinsveränderungen und die vielfach propagierte, manchmal erkennbare neue „Normalität“ vom damaligen Bundeskanzler auf wohl personell einmalige Art und Weise repräsentiert ¹⁵⁵, ohne dass freilich jene „Normalität“ mit Gleichgültigkeit oder Unzuständigkeit für weiterwirkende Verantwortung gleichzusetzen gewesen wäre ¹⁵⁶. Vielmehr erachtete die Berliner Republik 60 Jahre nach Hitlers Tod einen politischen Rückfall als zumindest nicht mehr akute Gefahr und begann den Keil, den Hitler in die Wahrnehmung der Deutschen getrieben hatte, allmählich zu entfernen. So kam es zu einer sukzessiven Rückgewinnung nationaler Selbstverständlichkeiten: „Um die eigenen Opfer des Zweiten Weltkriegs darf endlich getrauert werden, weil nur noch die Wenigsten damit die deutschen Verbrechen kleinreden wol-

149 Peter GRAFE, *Aus dem Bann des Nationalsozialismus*, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (2005) 3, S. 26–29, hier S. 26, 28.

150 Vgl. HENNECKE (wie Anm. 1), S. 146.

151 KÖHLER (wie Anm. 131), S. 10.

152 Vgl. BRUNSSSEN (wie Anm. 4), S. 137.

153 Vgl. ausführlich EBD. S. 149–152, hier S. 150.

154 Vgl. Eckhard FUHR, *Was ist des Deutschen Vaterland?*, in: APuZ (2007) 1–2, S. 3–7, hier S. 4.

155 Vgl. Franziska AUGSTEIN, *Deutschland*, in: KNIGGE/FREI (wie Anm. 92), S. 214–252, hier S. 243.

156 So aber die entsprechende Auffassung von Hildegard HAMM-BRÜCHER, *In guter Verfassung? Nachdenken über die Demokratie in Deutschland*, München 2006, S. 52.

len. Auch Forderungen an Zuwanderer dürfen gestellt werden, sie sind weder fremdenfeindlich noch rassistisch.¹⁵⁷ Davon abgesehen erweist sich die deutsche Vergangenheit noch häufig als ein vielfach vermintes Gelände, immer wieder durchquert von „verwilderte[n] Minenhunde[n] des Zeitgeistes mit einer recht schrägen Lust an den Explosionen der Entrüstung“.¹⁵⁸ Während man insgesamt also durchaus Veränderungen beobachten kann, vollzogen und vollziehen sie sich doch auf den verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ebenen nicht in gleichem Maße und Tempo.

Zunächst hat die Wiedervereinigung Deutschland seinen Nachbarn unzweifelhaft ähnlicher und damit normaler gemacht. Darüber hinaus haben viele Bürger die Zusammenfügung der beiden Staaten trotz mancher Enttäuschungen auch im Sinne einer psychologischen Normalisierung erlebt, weil die Spaltung von Teilen der Bevölkerung, öffentlichkeitswirksam insbesondere von linksintellektueller Seite, als Strafe für Krieg und Holocaust empfunden oder zumindest so gelesen worden war.¹⁵⁹ In diesem Zusammenhang lässt sich im Laufe der Jahre eine bemerkenswerte Umdeutung des Begriffs der „Normalität“ aufzeigen, so etwa bei Jürgen Habermas. Hatte der noch im „Historikerstreit“ Normalität und Normalisierung als zentrale, auf eine konfliktfreie Befriedung deutscher Historie im 20. Jahrhundert zielende, Strategien konservativer Geschichtspolitik scharf verurteilt, sprach er knapp ein Jahrzehnt später selbst von der „Normalität einer künftigen Berliner Republik“.¹⁶⁰ Zwar blieb hier wohl bewusst in der Schwebe, was der Sozialphilosoph letztlich mit „Normalität“ meinte, aber obgleich der Terminus weiterhin die Warnung vor falscher, gefährlicher Normalität einschloss¹⁶¹, war er jetzt doch nicht mehr ausschließlich kritisch oder ironisch zu verstehen.¹⁶² Auch das Beispiel Berlins illustriert den Wandel des Landes: Die Ängste nach dem Hauptstadtbeschluss, die Spreemetropole werde wieder die auftrumpfende Wirkung der preußisch geprägten Reichshauptstadt entfalten, wurden bis heute nicht bestätigt. Im Gegenteil hat sich Berlin, gerade bei Jüngeren und Kreativen, zu einer auch im

157 Giovanni DI LORENZO, „Man muss gar nichts. Die Deutschen sind längst weiter, als die Forderungen nach Patriotismus vermuten lassen“, in: „Die Zeit“ vom 9.12.2004.

158 So anlässlich des letzten runden Geburtstags der Bundesrepublik Dirk VAN LAAK, *Der widerspenstigen Deutschen Zivilisierung. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft*, in: CONZE/METZLER (wie Anm. 29), S. 297–315, hier S. 314.

159 Vgl. BRUNSEN (wie Anm. 4), S. 146.

160 Jürgen HABERMAS, *1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer künftigen Berliner Republik*, in: DERS.: *Die Normalität einer Berliner Republik* (Kleine Politische Schriften VIII), Frankfurt/M. 1995, S. 167–188.

161 Vgl. EBD. S. 187.

162 Vgl. hierzu auch Paul NOLTE, *Jürgen Habermas und das bundesrepublikanische Geschichtsgefühl*, in: Alexander CAMMANN u. a. (Hg.), *Geschichtsgefühl* (Ästhetik und Kommunikation, Doppelheft 2003), S. 21–29, hier S. 27.

internationalen Vergleich überaus beliebten Stadt entwickelt.¹⁶³ Die nach 1989 langsam einsetzende innere Entspannung der Deutschen wird in der Gegenwart sichtbar. Mit über 15-jähriger Verzögerung, so wird vielerorts registriert, scheinen die grundlegenden Umwälzungen sowohl im öffentlich-politischen als auch im gesamtgesellschaftlichen Bewusstsein anzukommen und die Wahrnehmung der Bevölkerung zu verändern.¹⁶⁴ Wie das politische Selbst der Nation einen qualitativen Gesichtssprung zu realisieren beginnt, so nimmt das Bedürfnis nach historisch fundierter Orientierung zu, „als würde eine Debatte über Deutschland und ‚deutsch sein‘ nachgeholt, die nach 1989 nicht geführt wurde“¹⁶⁵. Der Nationalsozialismus ist dabei eingebrannt in das kollektive Gedächtnis, in welchem zunehmend auch die bald 60 Jahre Demokratie ihren verdienten Platz finden und besonnenen Stolz zu wecken imstande sind.¹⁶⁶ Es erscheint möglich, das eigene Land zu mögen, zugleich auf bestehende Missstände hinzuweisen und ihnen entgegenzuwirken.¹⁶⁷ Dennoch bedarf gerade der Zusammenhang von Patriotismus, Identität und Geschichte weitergehender Klärung, bei der die Vergangenheit nicht „entsorgt“ oder auch nur „bereinigt“, sondern in ihren Gegensätzlichkeiten ausgehalten und damit, als wichtigstes Ziel, für die Zukunft fruchtbar wird.¹⁶⁸ Die im Jahr eins nach Rot-Grün für Aufregung sorgende Causa Grass beispielsweise mochte zweifeln lassen, wie „normal“ die Nation inzwischen wirklich geworden war. Der oft hochfahrende Moralismus zeigte seine fortwährende Präsenz¹⁶⁹ – und in der Person des Literaten seine Schwäche zugleich.

Anders präsentiert sich die Suche nach Normalität auf dem Feld der Außenpolitik. Nachdem spätestens mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die „trügerische Windstille der Geschichte mit ihren schönen Friedenserwartungen und multikulturellen Versöhnungsträumen“¹⁷⁰ beendet war, musste die rot-grüne Bundesregierung, unter schlagartig gewandelten Vorzeichen, auch international weitaus stärker als zuvor Verantwortung für den von vielen

163 Vgl. Christoph AMEND, „Innere Entspannung“, in: „Die Zeit“ vom 22.6.2006.

164 Vgl. unter vielen Undine RUGE/Daniel MORAT, *Deutschland denken. Plädoyer für die reflektierte Republik*, in: DIES. (wie Anm. 138), S. 9–20, hier S. 9.

165 So der heutige Bundesaußenminister Frank-Walter STEINMEIER im Jahre 2004, zit. nach FUHR (wie Anm. 24), S. 23.

166 Zur Rezeption einer „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik vgl. zuletzt Thomas HERTFELDER/Andreas RÖDDER (Hg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007; demgegenüber mit pessimistischem Tenor der Sammelband von GLIENKE u. a. (wie Anm. 101).

167 Vgl. AMEND (wie Anm. 163).

168 Vgl. Günter BUCHSTAB/Jörg-Dieter GAUGER, *Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus*, Sankt Augustin 2004, S. 41.

169 Vgl. Karl Heinz BOHRER, *Das eigentliche Fiasko des politischen Moralismus*, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken (2006) 11, S. 1095–1098, hier S. 1095.

170 MOHR (wie Anm. 125), S. 187.

ihrer Mitglieder lange Zeit kritisch betrachteten Staat übernehmen.¹⁷¹ Dabei beschloss sie militärische Einsätze der Bundeswehr weit außerhalb des NATO-Gebiets und formulierte wie kaum ein bundesrepublikanisches Kabinett zuvor nationale Interessen, die manchmal etwas ruppig durchgesetzt wurden.¹⁷² Wenn Bundeskanzler Schröder im Irak-Konflikt mit demonstrativem Selbstbewusstsein einen „deutschen Weg“ proklamierte – über dessen Umsetzung auch in Hinblick auf nationale Interessen man freilich streiten kann; erinnert sei nur an die diplomatische „Eiszeit“ zwischen Berlin und Washington –, weckte das zunächst Assoziationen an vergangene nationale „Sonderwege“, verdeutlichte jedoch ebenso konsequent die Prioritätensetzung wie Schröders Aussage, deutsche Außenpolitik werde „in Berlin entschieden“.¹⁷³ Die seitdem vielfältige Einbindung in internationale Aufgaben und die zahlreichen Auslandseinsätze müssen als klares Zeichen von Normalität und unumgängliche Anpassung an die Realitäten des 21. Jahrhunderts gewertet werden, in dem gemäß der allerdings nicht unumstrittenen Vorgabe des damaligen Bundesverteidigungsministers Peter Struck Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird. Dass aber die Bundesrepublik mit der Entsendung von Soldaten an die Konfliktherde der Welt oder auch dem unter Rot-Grün zwischenzeitlich mit besonderem Elan verfolgten Ziel eines ständigen – deutschen, nicht europäischen – Sitzes im UN-Sicherheitsrat eine Großmachtrolle anstrebt, ist nicht festzustellen. Eher scheint sich Kurt Sontheimers 1999 trotz Kosovo-Kriegs noch ein wenig kühn anmutende These zu bestätigen, nach der die Deutschen ihre Sonderrolle abgelegt, in einer gemeineuropäischen modernen Normalität ihren Platz gefunden haben und für diese Entwicklung Zustimmung vom Ausland erfahren.¹⁷⁴

Dagegen offenbaren innenpolitisch etwa die des Öfteren aufflammenden Debatten um einen geeigneten Nationalfeiertag ein hohes Maß an Ungewissheit. Insbesondere die erwogene Streichung des 3. Oktober als eines gesetzlichen Feiertags, erst vor dem Hintergrund mangelnder Begeisterung für dieses Datum überhaupt in ihrer Konsequenz denkbar, zeigt, dass sich die Deutschen ihrer selbst nicht sicher sind¹⁷⁵, weist mindestens aber auf die ungeachtet aller

171 Vielleicht war, wie KRONENBERG, *Lust auf Deutschland* (wie Anm. 128), S. 8, in diesem Zusammenhang überlegt, Rot-Grün nicht zuletzt in dieser Hinsicht ein staatspolitischer „Glücksfall“.

172 Vgl. Michael WOLFFSOHN, *Patriotismus? Ja bitte!*, in: Hans-Dietrich GENSCHER/Ulrich FRANK-PLANITZ (Hg.), *Nur ein Ortswechsel? Eine Zwischenbilanz der Berliner Republik. Zum 70. Geburtstag von Arnulf Baring*, Stuttgart 2002, S. 184–188, hier S. 187.

173 Vgl. im Kontext FREI (wie Anm. 27), S. 16; CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 177.

174 Vgl. Kurt SONTHEIMER, *So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik*, München 1999, S. 239.

175 Vgl. Konrad JARAUSCH, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, Bonn 2004, S. 94; Volker KRONENBERG, *Patriotismus heute – Eine ernsthafte Debatte über Gemein-sinn in Deutschland tut Not*, in: Politische Studien (2005) 2, S. 82–92, hier S. 83.

erkennbaren Bemühungen um ein neues nationales Profil noch fehlende Routine hin¹⁷⁶. Dass wiederum die unter Schröder beginnenden Entwicklungen nicht mit dessen Kanzlerschaft geendet haben, spiegelt sich in der überwiegend wohlwollenden Aufnahme der Eröffnung des Deutschen Historischen Museums in Berlin 2006. Die sich im DHM ausdrückende Suche nach dem, was „deutsch sein“ heißt, sorgt in abnehmendem Maße für Aufregung, wie Gelassenheit und Unangestrengtheit in patriotischen Fragen zunehmend zu den „intellektuellen Sehnsuchtsformeln der Berliner Republik“¹⁷⁷ zählen.

Vergegenwärtigt man sich aus dieser Perspektive die vor dem Hintergrund der ersten Kontroverse um die „Leitkultur“ zu betrachtende¹⁷⁸ „Nationalstolz-Debatte“ des Frühjahrs 2001, in deren Mittelpunkt der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer standen, ergibt sich noch ein anderes Bild. Nachdem Trittin dem Unions-Politiker aufgrund dessen Bekundung, er sei „stolz, ein Deutscher zu sein“, nicht nur das Aussehen, sondern auch „die Mentalität eines Skinheads“ bescheinigt hatte¹⁷⁹, folgte das anschließende Diskussions-Szenario im Wesentlichen bekannten Mustern; einmal mehr reflektierten die Wortmeldungen die parteipolitische Lagerbildung¹⁸⁰. Dennoch signalisierte die Auseinandersetzung einen beginnenden Bewusstseinsumschwung, zumal die Verzögerung von einem knappen halben Jahr zwischen ursprünglicher Äußerung und ausbrechendem Meinungsstreit offenbarte, dass die Sprengkraft nicht im Inhalt der Stolz-Formel lag, sondern in deren Verwendungspotential für politische und mediale Inszenierungen. „Ich bin auf die Leistungen der Menschen und auf die demokratische Kultur stolz. Und in diesem Sinne bin ich ein deutscher Patriot, der stolz auf sein Land ist“¹⁸¹, bekannte Bundeskanzler Schröder in einer gleichwohl noch vorsichtigen Positionsbestimmung. Als charakteristisch für den reklamierten Stolz erwies sich dessen deutliche Orientierung an der bundesrepublikanischen Gegenwart.¹⁸² Auch anderweitig mehrten sich die Stimmen gegen eine Verunglimpfung verdächtigter Termini wie „Nation“ als „Nationalismus“ oder „Patriotismus“ als „nationale Arroganz“. Einschlägige Begrif-

176 Vgl. SEITZ (wie Anm. 85), S. 9f.

177 SCHLAK (wie Anm. 38), S. 830.

178 Vgl. JEISMANN (wie Anm. 62), S. 174.

179 Vgl. ausführlich Peter WIDMANN, *Machtgefühle. Warum Politiker und Journalisten den Stolz entdeckten*, in: Ute BENZ/Wolfgang BENZ (Hg.), *Stolz deutsch zu sein? Aggressiver Anspruch und selbstverständlicher Patriotismus*, Berlin 2005, S. 29–52, hier S. 29f.

180 Vgl. Josef JOFFE, „Deutsch und stolz“, in: „Die Zeit“ vom 22.3.2001.

181 Zit. nach WIDMANN (wie Anm. 179), S. 35; vgl. überhaupt näher EBD. S. 29 bzw. 33. Wer in solchen Bekenntnissen des Nationalstolzes lediglich ein Zusammenspiel „von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur“ – so der Untertitel bei Dietrich HEITHER/Gerd WIEGEL (Hg.), *Die Stolzdeutschen*, Köln 2001 – erblickte, erinnerte indes weniger an die Erblast der Geschichte, als er Gegenwart auf Vergangenheit reduzierte.

182 Vgl. näher JEISMANN (wie Anm. 62), S. 174f.

fe, so eine häufige Forderung, müssten nunmehr die Demokraten füllen – dies nicht zuletzt unter Verweis auf die demokratischen Erfolge der Bundesrepublik.¹⁸³ Ob man „stolz“ sein kann, „ein Deutscher zu sein“, wird bis heute ab und an diskutiert. Wohl aber entzog sich „Stolz auf Deutschland“ nach und nach der Quarantäne.

Bundespräsident Köhler äußerte sich bei seinem Amtsantritt im Jahre 2004 bewusst entgegengesetzt zu einem seiner Vorgänger und sprach die schlichten, aber wirkungsvollen Worte: „Ich liebe unser Land.“¹⁸⁴ Das noch wenige Jahre zuvor zu erwartende Raunen blieb aus, kaum einer witterte nationalistische Gefahr. Offenbar hatte der nicht in der Politik beheimatete Ökonom richtig eingeschätzt, dass die Ablehnung gegenüber der Vaterlandsliebe immer mehr der Vergangenheit angehört.¹⁸⁵ Dennoch trug Köhler mit seinem Bekenntnis keine Eulen nach Berlin, vielmehr, ob bewusst oder nicht, einem gerade in der jüngeren Generation wachsenden Bedürfnis nach öffentlich darstellbarer Selbstbejahung¹⁸⁶ Rechnung. Wenn Charlotte Knobloch als neue Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland sich später überzeugt zeigte, dass Deutschland einen neuen Patriotismus brauche und gerade die Jüngeren viele Gründe hätten, stolz auf ihr Land zu sein¹⁸⁷, dann hatte sich einiges verändert. Zwischen den Polen der Causa Trittin-Meyer und der präsidialen Liebeserklärung an Deutschland liegen nur wenige Jahre, doch stehen sie für einen grundlegenden Wahrnehmungswandel in der Beziehung zur eigenen Nation. Die Feststellung, „Wir dürfen wieder patriotisch sein“, erübrigt dabei nicht die Frage, welche inhaltlich konkretisierende Füllung einem solchen Patriotismus zukommen soll und darf. Dafür, dass sich seither eine, wenn auch wechselnd intensive, Debatte über nationale Identität, das Wesen eines zeitgemäßen republikanischen Patriotismus oder auch die vormals kontaminierte Frage der Leitkultur entfalten konnte, dienten die verschiedenen aufgezeigten Ansätze und Perspektiverweiterungen im Umgang mit der eigenen Historie als not-

183 Wenn allerdings im Jahr 2006 eine ehemalige Bundesministerin des Kabinetts Schröder schreibt, „Nationalstolz können wir *höchstens* [Hervorhebung d.V.] daraus beziehen, dass es uns gelungen ist, aus dem Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus ein echtes Engagement für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde zu machen“, stellt sich die Frage, wie weit der Fortschritt inzwischen gediehen ist. Vgl. Renate KÜNAST, *Grundwerte und Teilhabe. Wir brauchen eine Debatte – aber nicht über „Leitkultur“*, in: LAMMERT (wie Anm. 14), S. 128–133, hier S. 131.

184 Horst KÖHLER, Ansprache vor der Bundesversammlung nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten, Berlin, 23. Mai 2004 (http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_620405/23.05.2004-Wahl.pdf, 24. Juli 2008), S. 1.

185 Vgl. CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 295.

186 Vgl. KAMANN (wie Anm. 107). erinnert sei hierbei vor allem auch an das schwarz-rot-goldene „Sommermärchen“ anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im eigenen Land oder zuletzt während des Kontinentalturniers in Österreich und der Schweiz.

187 Vgl. Jörg LAU, „Nichts gegen Patriotismus. Erstaunlich unbefangen vertritt Charlotte Knobloch die Juden. Sie will mehr als mahnen und warnen“, in: „Die Zeit“ vom 14.6.2006.

wendige Voraussetzung. Rückblickend vollzog Deutschland in der Ära Schröder/Fischer auf diesem Feld demnach fast schon einen Quantensprung; es wurde nicht alles, aber doch vieles anders. Eine möglichst allumfassende „Normalisierung“ freilich – wobei zu fragen wäre, worin genau diese eigentlich bestehen soll – oder auch die postulierte „Unverkramptheit“ bleiben letztendlich wohl so lange aus, wie man über sie spricht, schreibt und beides einfordert.¹⁸⁸

¹⁸⁸ Vgl. entsprechend auch RUGE/MORAT (wie Anm. 164), S. 10; CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 293.